

Dringliche überparteiliche Motion

Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. Sämtliche eingehenden Verlängerungsgesuche ab Annahme der Motion sind in einem Register zu erfassen. Ziel dabei muss es sein, dass mit der Erstellung und Führung einer Übersicht über Verlängerungsgesuche von Aufenthaltsbewilligungen besteht, die gesetzlichen Fristen überprüft, gesteuert und die Eckdaten (Gesuchs Eingang, Ablaufdatum der Bewilligung, Status der Bearbeitung, Eingangsbestätigung, Datum der Verlängerung) der Gesuche systematisch erfasst und statistisch ausgewertet werden können.
2. mit geeigneten Sofortmassnahmen die fristgerechte Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen sicherzustellen. Als Sofortmassnahme gelten eine temporäre personelle Verstärkung des Bereichs Migration der ESD mit internem Personal sowie weitere kostenneutrale Massnahmen organisationaler Natur.
3. an der Stadtratssitzung vom 08./09.09 über die monatlichen Statistiken der Vormonate sowie getroffenen Sofortmassnahmen zu informieren und weitere notwendige Massnahmen einschliesslich Massnahmen mit Budgetauswirkungen mit entsprechenden Budgetanpassungen vorzuschlagen.
4. umgehend nach Annahme der Motion: bei Verspätungen von Amtes wegen den Gesuchstellern eine Bestätigung über das hängige Verlängerungsverfahren auszustellen.

Begründung:

In seiner Beantwortung vom 02.12.2020 zur dringlichen überparteilichen Interpellation 20200312 konnte der Gemeinderat keine konkreten Informationen über die Verspätungen und rechtzeitig erteilte Verlängerungen abgeben. Es fehlt offensichtlich eine entsprechende Übersicht. Die Antwort enthielt entsprechend vage und widersprüchliche Angaben: Da die Ausländer/-innen die Verfallsanzeigen jeweils weniger als zwei Monate vor Ablauf der Aufenthaltsbewilligung erhalten, ist bei einer Bearbeitung der überwiegenden Anzahl von Verlängerungsgesuchen innerhalb von 2 bis 6 Monaten die rechtzeitige Ausstellung der Verlängerungen an durchschnittlich 65% der Ausländer/-innen nicht möglich und sind Verspätungen somit systematisch. Für die betroffenen Ausländer/-innen bedeuten diese von ihnen unverschuldeten Verspätungen nicht nur das Fehlen eines gültigen Ausweises, sondern auch Erschwernisse bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie bei einer Vielzahl von Aktivitäten des täglichen Lebens. Angesichts dieser einschneidenden Folgen sowie der hohen Anzahl von Ausländer/-innen mit Aufenthaltsbewilligungen muss der Gemeinderat nun dringend handeln und Sofortmassnahmen ergreifen. Eine Übersicht sollte zu jedem Verlängerungsgesuch Angaben einschliesslich Eingangsdatum, Ablaufdatum der Bewilligung, Status, fristgerechte Behandlung, Datum Verlängerung aufzeigen können. Daraus können monatliche Statistiken einschliesslich Anzahl eingegangener, hängiger und fristgerecht



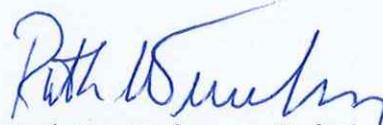
Anna Tanner, SP/Juso



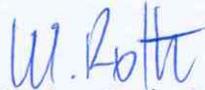
Joseline Stolz, PSR



Kathleen Liechti, EVP



Ruth Tennenbaum, Einfach Libres!
Passerelle



Myriam Roth, Grüne